

Geschlechterpolitische Zeitenwende in den USA

Lang, Sabine

2023

<https://doi.org/10.25595/4429>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lang, Sabine: *Geschlechterpolitische Zeitenwende in den USA*, in: *Femina politica : Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, Jg. 32 (2023) Nr. 1, 116–119. DOI: <https://doi.org/10.25595/4429>.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v32i1.11>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

Geschlechterpolitische Zeitenwende in den USA

SABINE LANG

Seit dem 24. Juni 2022 ist klar: Der US-amerikanische Oberste Gerichtshof hat mit seinem Urteil im Fall *Dobbs vs. Jackson Women's Health Organization* eine Zeitenwende eingeleitet. Fast 50 Jahre hatte *Roe vs. Wade* Bestand – das liberale Abtreibungsrecht, das im Jahr 1973 amerikanischen Frauen das Recht auf Selbstbestimmung garantierte und einzelstaatliche Abtreibungsverbote für die ersten beiden Trimester einer Schwangerschaft ausschloss. Nun hat der Supreme Court entschieden, dass es kein konstitutionelles Recht auf Abtreibung gibt, und macht damit den Weg frei für eine Flut von einzelstaatlichen Begrenzungen und Verboten. Was sind die Auswirkungen dieser Rechtsprechung? Wie reagieren Frauenorganisationen auf den massiven Eingriff in die reproduktive Selbstbestimmung? Ich will hier drei Aspekte beleuchten, die die unmittelbare Zukunft des Abtreibungsrechts in den USA prägen werden: Die föderalen Strukturen, in die Abtreibung immer schon eingebettet war und die nun noch relevanter werden; die parteipolitische Repolitisierung von Schwangerschaftsabbrüchen; und die ambivalente Rolle von amerikanischen Frauenorganisationen im Prozess der schleichenden Aushöhlung von *Roe vs. Wade*.

Föderalismus: ‚Race to the bottom‘ oder Hoffnungsträger?

Das Abtreibungsrecht in den USA war schon lange vor dem Ende von *Roe v. Wade* in Gefahr. Abtreibungsgegner*innen begannen direkt nach 1973, ihre Strategien auf Einzelstaaten, Gemeinden und Städte zu verlagern (Wilson 2016). Aus isolierten Aktivitäten und Akteur*innen entstand ein professionalisiertes und institutionell hervorragend angedocktes Netzwerk aus Anwaltskanzleien, vor Abtreibungskliniken Protestierenden, regionalen republikanischen Akteur*innen und evangelikalen Kirchengemeinden. Sie bildeten eine gut finanzierte und hochgradig vernetzte Bewegung mit engen Kontakten in Politik und Wirtschaft. Insbesondere die Allianz von christlich geprägten rechtswissenschaftlichen Fakultäten und mächtigen Anwaltskanzleien generierte Expertisen für die vielen Gerichtsverfahren unterhalb der nationalen Ebene. Ihr Ziel war es, *Roe v. Wade* mit Hilfe von subnationaler Rechtsmobilisierung zu untergraben (ebd.). Eine Vielzahl von Regularien, angefangen von Bau- und Gebäudevorschriften bis zu Sicherheitskontrollen, machte es Abtreibungspraxen zunehmend schwer, überhaupt zu existieren. Die gleiche einzelstaatliche Strategie sorgte dafür, dass das Recht auf Abtreibung bereits einen Tag nach der *Dobbs* Entscheidung des Supreme Court de facto ausgehebelt war.

Es ist kaum möglich, die Vielzahl von nun geltenden einzelstaatlichen Gesetzen und Regelungen zu überblicken. Stand Februar 2023 ist in zwölf Staaten Abtreibung komplett verboten, mit einigen wenigen Ausnahmen bei einem Gesundheitsrisiko für die Schwangere. Die meisten dieser zwölf Staaten erlauben keine Ausnahmen

vom Abtreibungsverbot bei Vergewaltigung oder Inzest. Zehn dieser zwölf Einzelstaaten bilden eine ‚rote Wand‘ im Süden des Landes (die anderen beiden sind Idaho und South Dakota), und damit im historisch ärmeren, konservativeren, aber auch diversesten Teil der USA. In Texas, einem der Zentren der konservativen Mobilisierung, haben im Jahr 2020 noch 58.000 Abtreibungen stattgefunden (Guttmacher Institute 2022a). Im folgenden Jahr verabschiedete die texanische Regierung ein Gesetz, das Abtreibung nach der sechsten Woche kriminalisiert und darüber hinaus auch diejenigen anklagen kann, die nur indirekt bei einem Schwangerschaftsabbruch helfen: Eltern, die ihre Tochter in die Klinik fahren; Pfleger*innen, die die Erstversorgung übernehmen. Darüber hinaus enthält dieses Gesetz den perfiden Zusatz, dass Bürger*innen, die eine Abtreibung melden, mit bis zu 10.000 Dollar ‚belohnt‘ werden. In 27 Einzelstaaten müssen Frauen auf die Risiken einer Abtreibung hingewiesen werden. In zwei Staaten fällt ein wissenschaftlich nicht haltbarer Zusammenhang von Abtreibung und Brustkrebs unter die Informationspflicht. In zwölf Staaten muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass ein Fötus bei der Abtreibung Schmerzen empfinden kann (Guttmacher Institute 2022b). Allerdings klopfen diejenigen, die das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung schützen wollen, nun ebenfalls die föderalen Rechtsstrukturen auf Lücken ab: In vielen Einzelstaaten, in denen Abtreibung verboten ist, versuchen Regierungen, Administrator*innen oder Aktivist*innen per Gerichtsentscheid die nun geltenden Gesetze zurückzufahren. Doch dies ist eine mühsame und teure Strategie, die davon abhängig ist, dass an institutionellen Schaltstellen Pro-Choice Akteur*innen sitzen und einflussreiche Anwaltskanzleien sich ihrer Anliegen annehmen. Deshalb erhoffen sich viele Menschen mehr Erfolg von der öffentlichen Politisierung, die *Dobbs vs. Jackson Women’s Health* ausgelöst hat.

Die Kongresswahlen 2022 und ihre Auswirkungen

Knapp 70% aller Amerikaner*innen sprechen sich für den Erhalt des Abtreibungsrechts aus. Für viele von ihnen war die Abtreibungsfrage entscheidend für ihre Stimmabgabe bei den Kongresswahlen am 8. November 2022. Obwohl die meisten Umfragen und auch historische Präzedenz prognostizierten, dass eine ‚rote Welle‘ von Trumpist*innen und zentristischen Republikaner*innen sowohl das Repräsentantenhaus wie auch den Senat überrollen würde, brachte der Wahlausgang deutlich weniger extrem rechte Politiker*innen in den Kongress. Dies wird dem Abtreibungsurteil zugeschrieben. Mobilisierungen von Frauen, u.a. mit dem hashtag #VoteProChoice, führten dazu, dass Frauen zwei Drittel aller neu registrierten Wähler*innen stellten (Gambino 2022). Insbesondere für jüngere Menschen unter 30 war die Abtreibungsfrage das wichtigste Thema dieser Wahlen (ebd.). In denjenigen Staaten, in denen auch über einzelstaatliche Maßnahmen zu Abtreibung abgestimmt wurde, wurden Verschärfungen des Abtreibungsrechts verhindert oder auch, wie etwa in Michigan, konstitutionell festigt. In Vermont und Kalifornien wurden per Referendum Ver-

fassungszusätze beschlossen, die das Recht auf Abtreibung garantieren. Bereits im August hatten Wähler*innen in Kansas mit großer Mehrheit gegen eine Initiative gestimmt, die das Recht auf Abtreibung aus der Verfassung streichen wollte.

Insbesondere aber zeigt die Situation in Michigan, wie polarisiert das Land ist und wie fragil die Mehrheiten sind, die in den kommenden Jahren einzelstaatliche Entscheidungen um reproduktive Rechte fällen werden. Knapp 57 % der Wähler*innen stimmten hier für einen Verfassungszusatz, der Frauen das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung garantiert, womit gleichzeitig ein komplettes Verbot von Abtreibung verhindert werden konnte, das nach der Supreme Court Entscheidung infolge eines Gesetzes von 1931 als ‚trigger law‘ in Kraft zu treten drohte. Am selben Tag gewann in der Michigan Gouverneurswahl die progressive Amtsinhaberin Gretchen Widmer. Ihre Kontrahentin Tudor Dixon, die Abtreibung auch bei Vergewaltigung und Inzest kriminalisieren wollte, erreichte allerdings eben auch 43.9% der abgegebenen Stimmen.

Die Schwäche progressiver Frauenorganisationen

Eine der harten Einsichten infolge der Dobbs-Entscheidung ist, dass progressive Frauenorganisationen nicht in der Lage waren, die lange schon bekannte Strategie der Abtreibungsgegner*innen „to legislate abortion out of existence through piecemeal attack“ (Murray 2021, 17) auszuhebeln. Gut organisierte und finanzierte republikanische Think Tanks, konservative Frauenorganisationen, Kirchen und ihnen wohlgesonnene Anwälte brachten, anstatt auf nationaler Ebene gegen Roe zu mobilisieren, Tausende von lokalen und einzelstaatlichen Einschränkungen des Abtreibungsrechts auf den Weg. Diese wurden von einer zunehmenden Zahl von konservativen Richter*innen abgesegnet.

Dieses sogenannte ‚court packing‘ ist ebenfalls eine erfolgreiche Strategie vorwiegend der Republikaner*innen. Warum linke und progressive Organisationen im Vergleich dazu in ihren Reaktionen schwerfälliger und in ihren Protesten eher verhalten sind, lässt sich zum Teil mit einer weniger gut vernetzten Zivilgesellschaftsstruktur erklären (Mayer 2022). Auf diese können große und nationale Frauenrechtsorganisationen immer weniger aufbauen und sind deshalb – wie etwa im Washington D.C. Beltway – mit lokalen und regionalen Aktivist*innen oft nicht mehr verbunden. Deutlich wurde das vor allem an Planned Parenthood, der Urmutter des Rechts auf einen Schwangerschaftsabbruch, die über Jahre auf der subnationalen Ebene finanziell in ihrer Ausrichtung so stranguliert wurde, dass sie nicht mehr aktiv für das reproduktive Selbstbestimmungsrecht mobilisieren durfte oder konnte.

Insgesamt ist die Pro Choice Bewegung also nicht gut aufgestellt. Im Staat Washington mit knapp acht Millionen Einwohnern hat NARAL, die National Organization for the Repeal of Abortion Laws, gerade einmal sieben Mitarbeiterinnen, junge Frauen, denen der latente Burnout anzumerken ist. Diese Frauen stemmen sich unter anderem gegen die Konsolidierung des größten Krankenhausverbands im Einzel-

staat unter nun katholischer Regie, denn das bedeutet, dass angehende Ärzt*Innen nicht mehr in Abtreibungen geschult werden und dieser Krankenhausverbund weder Abtreibungen vornimmt noch Verhütungsberatungen anbietet. 41% der Krankenhausbetten im Staat Washington sind nun in katholischer Hand (Meyer 2020). Im Süden der USA ist die Situation noch bedrohlicher. Es werden inzwischen Flüge, z.B., nach Kalifornien organisiert, um einigen wenigen Frauen zu helfen. Aber obwohl im Süden das Abtreibungsverbot vor allem schwarze, LatinX und Frauen aus sozial schwächeren Gruppen trifft, findet sich z.B. unter den sieben Kernforderungen von Black Lives Matter keine zu reproduktiven Rechten (Black Lives Matter 2023).

Reproduktive Frauenrechte zwischen Re- und Entpolitisierung

Die Antwort von Frauenbewegungen auf die Dobbs-Entscheidung weist mit ‚pragmatischer Schadensbegrenzung‘ und ‚lokaler Mobilisierung‘ in zwei unterschiedliche Richtungen: einerseits wird versucht, das Abtreibungsrecht mit Hilfe der Abtreibungspille Mifpriston zu verteidigen, die bei mehr als der Hälfte aller Abtreibungen derzeit eingesetzt wird (Democracy Now 2023). Parallel dazu entstehen lokale Pro Choice Initiativen insbesondere im Süden des Landes, wo die Konsequenzen eines strikten Verbots besonders greifbar sind. In Nashville zum Beispiel, der Hauptstadt von Tennessee, beschloss der Stadtrat, Gesetzesverletzungen in Bezug auf Abtreibung zu ‚deprioritisieren‘, also de facto nicht unmittelbar zu verfolgen, und Planned Parenthood mit einer halben Million Dollar zu unterstützen (ebd.). Sogenannte ‚clinic escorts‘ stellen in vielen Gemeinden sicher, dass Abtreibungskliniken gegen die Widerstände protestierender Gruppen weiter funktionsfähig bleiben (Rankin 2022). Doch klar ist auch: diese Zeitenwende ist nicht nur ein US-amerikanisches Problem. Sie sollte auch denjenigen zu denken geben, die am Status Quo der Rechtswidrigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland nicht rütteln wollen. Mit dem Erstarren von rechten Parteien und der internationalen Vernetzung von abtreibungskritischen Bewegungen wird die Politisierung von reproduktiven Rechten auch in Europa zunehmen. Feministinnen in Parteien, Frauenbewegungen und -organisationen sollten gewappnet sein.

Literatur

Black Lives Matter, 2023: BLM's 7 Demands. Internet: <https://blacklivesmatter.com/blm-demands/> [3.1.23].

Gambino, Lauren, 2022: How the Fall of Roe Shattered Republicans' Midterm Dreams. In: The Guardian, 12.11.22. Internet: <https://www.theguardian.com/us-news/2022/nov/11/abortion-midterm-elections-republicans-women-voters> [24.2.2023].

Guttmacher Institute, 2022a: Abortion Statistics Texas. Internet: <https://states.guttmacher.org/policies/texas/abortion-statistics> [5.2.2023].

Guttmacher Institute, 2022b: Counseling and Waiting Periods for Abortion. Internet: <https://www.guttmacher.org/state-policy/explore/counseling-and-waiting-periods-abortion> [23.10.22].

Mayer, Margit, 2022: Die US-Linke und die Demokratische Partei. Berlin.

Meyer, Harris, 2020: Hospital Merger in Washington State Stokes Fears About Catholic Limits on Care. In: Kaiser Health News 3.8.20. Internet: <https://khn.org/news/hospital-merger-in-washington-state-stokes-fears-about-catholic-limits-on-care/> (5.2.2023).

Murray, Melissa, 2021: A State of Crisis: Examining the Urgent Need to Protect and Expand Abortion Rights and Access. Statement Before the House Committee on Oversight and Reform, September 30, 2021, Washington D.C. Internet: <https://www.congress.gov/117/meeting/house/114069/witnesses/HHRG-117-G000-Wstate-MurrayM-20210930.pdf> (5.2.2023).

Democracy Now, 2023: Roe v. Wade at 50 (Almost): What Abortion Access Looks Like After Constitutional Right Overturned. Interview mit Amy Littlefield vom 18.1.23. Internet: https://www.democracynow.org/2023/1/18/roe_wade_50th_anniversary (5.2.2023).

Rankin, Lauren, 2022: Bodies on the Line. At the Front Lines of the Fight to Protect Abortion in America. Berkeley.

Wilson, Joshua, 2016: The New States of Abortion Politics. Stanford.

The 2022 Italian Elections and Gender+ Equality

BARBARA GAWEDA. MARCO SIDDI

The Italian elections on 25 September 2022 saw the triumph of the far-right party Fratelli d'Italia (FdI; engl. Brothers of Italy), led by Giorgia Meloni, with 26% of the votes. A month later, Meloni became prime minister, heading a right-wing coalition that also included the leader of the League, Matteo Salvini, and Forza Italia's Silvio Berlusconi as junior partners. The election results were 'historic' in at least two ways. For the first time in post-1945 Italy, a far-right party that is broadly considered the main heir of the post-fascist camp became the largest political force in the country. Founded in 2012 with the declared intent of rebuilding the Italian right, Brothers of Italy shows a clear continuity in key political messages, leadership, and symbols with the post-war Italian Social Movement (MSI, 1946-1995) and its successor, the National Alliance (AN, 1995-2009). Meloni herself had been a member of the MSI youth wing and leader of the AN student movement, before holding the position of Minister of Youth in the last Berlusconi-led government (2008-2011).

Significantly, Meloni is also Italy's first-ever female prime minister. This very fact has led to debate on whether her appointment reflects progress in terms of gender equality in the Italian political system. In her inaugural speech at the Italian parliament, Meloni stated that being the first female prime minister was one of the responsibilities that weighed on her shoulders and cited a few other women that in her view had shown the "worth of Italian women" (Meloni 2022) in the country's history, politics, culture, and science. However, as feminist scholars have noted, Meloni reaps the fruits of a history of feminism that does not belong to her (Mirenzi 2022). Meloni's statements and political affiliation reflect a heteropatriarchal and misogyn-